

SPD-AKTUELL

Der SPD-Vorstand hat am 22. Oktober folgende Initiativanträge für den Parteitag in Hamburg beschlossen:

Reformen für ein soziales Deutschland

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt verläuft deutlich positiv. Trotzdem bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die herausragende Aufgabe dieser Zeit, denn die Arbeitslosigkeit ist immer noch viel zu hoch.

Das gilt auch für die Arbeitsgruppe der 50-Jährigen und Älteren. Deren Chancen am Arbeitsmarkt haben sich verbessert. Statt nur knapp 38 % in 1998 sind wieder 52 % der 55-Jährigen und Älteren in Arbeit. Das ist ein Erfolg, der sich aus der Wachstumssteigerung und aus der Arbeitsmarktreform und -politik erklärt.

Beschäftigungspakete und INITIATIVE 50plus sowie die Job-Perspektive unterstützen diesen Trend. Trotz dieser Erfolge haben Ältere deutlich größere Probleme aus der Arbeitslosigkeit heraus einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Die Gruppe der 50-Jährigen und Älteren bringt oft hohe Qualifikation und Erfahrung mit. Die Phase der erzwungenen und der gewollten frühen Frühverrentung seit Mitte der 80er Jahre hatte zu einem falschen Bild über die Leistungsfähigkeit und -willigkeit dieser versierten, teamfähigen und überwiegend noch belastbaren Fachkräfte beigetragen. Der aktuelle Bedarf an solch erfahrenen Fachkräften zeigt nachdrücklich, wie sehr unsere Gesellschaft auf das Potential der 50-Plus-er angewiesen ist. Bei sinkender Arbeitslosenzahl und 1 Million offener Stellen ist jetzt die Zeit, besonders nachdrücklich auch auf die Integration der Älteren in den Arbeitsmarkt zu dringen.

Diesen Weg wollen wir weiter gehen:

- Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen,
- noch intensivere Werbung für die Beschäftigung Älterer,
- noch intensivere Vermittlung arbeitssuchender Älterer und
- eine Weiterentwicklung der Balance des Förderns und Forderns:

1. 2008 - 2011 werden seitens der Bundesagentur für Arbeit jährlich 1 Milliarde Euro zusätzlich eingesetzt für ältere Arbeitslose.

2. Wir wollen die Bezugsdauer für ALG I wie folgt verändern:

Nach Vollendung des 45. Lebensjahres 15 Monate (bei 30 Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsdauer in den 5 Jahren vor der Arbeitslosigkeit).

Nach Vollendung des 50. Lebensjahres 18 Monate (bei 36 Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsdauer in den 5 Jahren vor der Arbeitslosigkeit).

Nach Vollendung des 50. Lebensjahres 24 Monate (bei 42 Monaten sozial-versicherungspflichtiger Beschäftigungsdauer in den 5 Jahren vor der Arbeitslosigkeit).

Die Bundesagentur wird angehalten, diesen Personenkreis in besondere Vermittlungsbemühungen einzubeziehen. Es bleibt dabei, wer zumutbare Arbeit und/oder Weiterbildungsmaßnahmen beharrlich verweigert, unterliegt auch weiterhin den gesetzlichen Sperrzeiten.

Um einen möglichen Missbrauch dieser Regelung zur Frühverrentung zu verhindern, wird die Erstattungspflicht wieder eingeführt (bis Februar 2006 § 147 a SGB III). Zu dem wirken politische Maßnahmen und Entwicklungen der früheren Tendenz zur Frühverrentung entgegen:

- die Zusammenfassung von Arbeitslosen und Sozialhilfe,
- die schrittweise Verlängerung des Renteneintrittsalters sowie
- der wachsende Bedarf an Fachkräften.

Die Ergebnisse werden alle 3 Jahre evaluiert.

3. Die Chancen auf Integration am Arbeitsmarkt sind für 55- bis 60-Jährige besser als für 61- bis 65-Jährige. Wir streben an ein „Gesetz zur Förderung des flexiblen Übergangs vom Erwerbsleben in die Altersrente“. Das Gesetz soll regeln, wie nach Auslaufen der BA-Förderung für die Altersteilzeit ab dem Jahr 2010 durch eine sinnvolle Verzahnung von Teilrente und Altersteilzeit ein flexibler Übergang ab dem 60. Lebensjahr ermöglicht werden kann.

Diese Regelung muss für die Sozialsysteme weitestgehend kostenneutral sein.

4. Es soll geprüft werden, Rentenversicherungszeiten, die im Alter von 60 Jahren-Plus erreicht werden, mit einem besonderen Punktwert Renten steigernd wirksam zu machen.

5. Die Sozialpartner und Tarifparteien können eine zusätzliche Leistung in eine Zusatzkasse der Rentenversicherung vereinbaren, die bei berufsbezogener Leistungsminderung die Abschläge in der

Rentenversicherung ganz oder teilweise vermeidet oder abmildert. Dies bedeutet keine Veränderung bei der Erwerbsminderungsrente. Steuerliche Anreize sollen möglich sein und geprüft werden.

6. Unabhängig davon arbeiten wir an einem Erwerbstätigenzuschuss (mit Kinder-komponente), der Erwerbstätige, die voll oder vollzeithalb beschäftigt sind, die aber mit ihrem Einkommen nicht das Existenzminimum erreichen, möglichst vor Hilfebedürftigkeit schützt.

Das hilft auch Älteren. Es ist aber besonders wichtig für Arbeitslose mit Kindern, die ebenfalls besonderer Aufmerksamkeit und Hilfe bedürfen.

Das gilt auch für den Anpassungsmechanismus zu den Regelsätzen von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II, der zur Zeit überprüft und der nötigenfalls bald – vor allem als konkrete Hilfe für die Kinder – aktualisiert werden muss.

7. Wir werden besondere zusätzliche Anstrengungen für die Ausbildung junger – besonders benachteiligter – Menschen unternehmen.

8. Die Lage am Arbeitsmarkt und die überschaubare Kassenlage erlauben es, zusammen mit den vorgenannten Maßnahmen den Arbeitslosen-versicherungsbeitrag auf 3,5 % zu senken. Das bedeutet eine jährliche Entlastung der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer um rund 2,5 Milliarden Euro und ihrer Arbeitgeber in gleicher Höhe.

9. Leiharbeit ist in vielen Betrieben ein sinnvolles Instrument zur Abdeckung von Auftragsspitzen und zur Reintegration Arbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt. Wir müssen aber auch feststellen, dass es zu Fehlentwicklungen durch Lohndumping und durch Umgehung von Tarifverträgen gekommen ist.

Wir wollen daher einen Mindestlohn für Leiharbeiter/innen über die Einbeziehung der Leiharbeitsbranche in den Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes einführen.

Wir wollen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz so ändern, dass nach einer angemessenen Einarbeitungszeit ohne Ausnahme für Leiharbeiter die gleiche Bezahlung und die gleichen Arbeitsbedingungen gelten wie für die Stammbeschaft.

Wir werden die Stärkung der Rechte des Betriebsrates im Entleihbetrieb bezüglich der Eingruppierung von Leiharbeitern nach Umfang und Zeitdauer der Leiharbeit im Betrieb prüfen. Auch müssen Leiharbeiter bei der Ermittlung der Arbeitnehmerzahl für die Schwellenwerte nach Betriebsverfassung mitgezählt werden.

Die Reform der Pflegeversicherung ausrichten an den Werten Solidarität und Würde

Seit Einführung im Jahre 1995 hat sich die Pflegeversicherung bewährt. Um ihre hohe Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhalten, muss sie sich den aktuellen und künftigen Herausforderungen einer Gesellschaft des längeren Lebens stellen und an den Werten Solidarität und Würde ausrichten. Das gilt gleichermaßen für Finanzierung, Qualität und Leistungen der Pflege. Die Pflege der Zukunft braucht mehr Gesicht, mehr Zeit und mehr Zuwendung.

Der Bundesparteitag unterstützt die Reform der Pflegeversicherung, weil damit Verbesserungen in der pflegerischen Versorgungsstruktur vorgenommen werden und möglichst lange die häusliche Versorgung aufrecht erhalten wird, eine bessere Vereinbarkeit der Pflege von Angehörigen und Erwerbstätigkeit durch die Einführung einer Pflegezeit ermöglicht wird, die Pflegequalität durch verbindliche Einführung von Qualitätsstandards, durch häufigere Kontrollen und durch eine allgemeinverständliche Veröffentlichung von Qualitätsberichten verbessert wird, Leistungen – insbesondere für die ambulante Pflege zuhause und für altersverwirrte Menschen – verbessert und künftig der Preisentwicklung angepasst werden.

Mit dem Gesetz wird aktivierende Pflege und Rehabilitation besser gefördert. Die Maßnahmen für eine integrierte wohnortnahe Versorgung und Betreuung, die Einrichtung von Pflegestützpunkten mit Pflegeberatern (Fallmanagement), die Möglichkeit, Leistungen gemeinsam mit anderen Pflegebedürftigen abzurufen, helfen den Menschen, solange wie möglich in ihrer angestammten Umgebung zu bleiben, und bieten damit ein Stück Heimat. Dazu trägt auch die neue Pflegezeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von bis zu sechs Monaten bei voller sozialer Absicherung bei.

Oftmals werden Familienmitglieder von heute auf morgen pflegebedürftig. Für uns ist es wichtig, dass berufstätige Angehörige nicht aus finanziellen Gründen daran gehindert werden, dann eine gute Pflege und Betreuung zu organisieren. Deshalb fordern wir die Einführung einer Lohnersatzleistung für die vorgesehene zehntägige Freistellung von der Arbeit. Es entspricht dem Familienbild der SPD, dass sich nicht nur berufstätige Eltern um ihre kranken Kinder kümmern können, sondern auch Kinder im Falle einer plötzlich auftretenden Pflegebedürftigkeit der Eltern für sie da sein können.

Die Pflegebranche ist mit mehr als 750.000 Beschäftigten ein dynamisch wachsender und bedeutender Arbeitsmarkt. Nicht akzeptabel ist die illegale Beschäftigung in der häuslichen Pflege. Sie wird derzeit auf 100.000

Menschen geschätzt. Maßnahmen, die darauf zielen, legale Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die bedarfsgerecht, bezahlbar und von den Pflegebedürftigen und Angehörigen akzeptiert werden, sind erforderlich. Die Reform der Pflegeversicherung muss deshalb eng mit einer arbeitsmarktpolitischen Initiative verknüpft werden, die „Gute Arbeit,“ insbesondere faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen, Qualifizierung und Vereinbarung von Familie und Beruf zur zentralen Richtschnur auch in dieser Branche erhebt. Attraktivität und Image der Pflegeberufe müssen gefördert, die Fachkräftequalifizierung intensiviert und die Berufsverweildauer erhöht werden.

Damit künftig die Finanzierung der Pflegeversicherung gerecht und nachhaltig gestaltet werden kann, darf in der Perspektive der Solidarausgleich nicht nur auf die gesetzlichen Pflegekassen beschränkt bleiben, sondern muss auch auf die Private Pflegeversicherung erstreckt werden. Als erster Schritt sind in dieser Reform bei der Privaten Pflegeversicherung die Sicherstellung bezahlbarer Tarife und die Mitnahme von Altersrückstellungen beim Versicherungswechsel unverzichtbar.

Die SPD hält fest am Ziel einer Bürgerversicherung Pflege, zu deren Finanzierung alle Einwohner nach ihrer Leistungsfähigkeit beitragen.

Für eine Bahn mit Zukunft

Der Bund muss mittels der Deutschen Bahn AG auch in Zukunft einen Beitrag zur Daseinsvorsorge leisten. Eine zentrale Aufgabe ist dabei die Erreichbarkeit und Mobilität in der Fläche. Damit wird nicht nur dem grundgesetzlichen Auftrag Rechnung getragen, sondern auch dem politischen Willen der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bund und in den Ländern. Das Gesetz muss den sich aus Artikel 87e Abs. 3 Satz 3 (Mehrheitseigentum) und Abs. 4 Satz 1 (Gemeinwohlverpflichtung) des Grundgesetzes ergebenden Vorgaben vollständig Rechnung tragen.

2. Es darf keine Zerschlagung der Bahn geben. Wir erhalten den integrierten Konzern Deutsche Bahn AG und damit auch den konzerninternen Arbeitsmarkt. Die 230.000 bei der Bahn beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können sich auf die SPD verlassen.

3. Die jetzt erforderlichen Investitionen erfordern eine Erhöhung der Kapitalausstattung der Bahn. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass der Bund in der Wahrnehmung seiner Eigentumsrechte nicht eingeschränkt ist. Dazu sind folgende Schritte unverzichtbar:

- Private Investoren dürfen keinen Einfluss auf die Unternehmenspolitik ausüben. Zur Erreichung dieses Ziels stellt die stimmrechtslose Vorzugsaktie
- die geeignete Form dar. Die Ausgabe erfolgt von zunächst mindestens 25,1 Prozent in Form von stimmrechtslosen Vorzugsaktien. Über die weitere
- Beteiligung privater Investoren entscheidet der Gesetzgeber nach einer Evaluierung.

- Das Aufleben des Stimmrechts ist mit geeigneten Maßnahmen auszuschließen.

- Die im Gesetzentwurf enthaltene Übernahme von Schienennetz, Verkehrsstationen und der Energieversorgung in das Eigentum des Bundes.

- Die im Gesetzentwurf enthaltenen Regelungen von Aufsichtsräten und die Neuausrichtung der Satzung, dass wesentliche Entscheidungen nur die 50 Prozent plus eine Stimme erfordern.

- Die noch nicht im Gesetzentwurf enthaltene Regelung, in der Satzung der Eisenbahninfrastrukturunternehmen als Grundsatz der Unternehmensführung die grundgesetzlich vorgegebenen Maßgaben festzuschreiben.

- Streuung der Aktien auch an Beschäftigte unter Prüfung von Anreizmöglichkeiten.

Hierdurch schließen wir den Einfluss Privater auf die Unternehmenspolitik aus.

4. Die Kontroll- und Durchsetzungsmöglichkeiten für eine gute Schienenverkehrspolitik und mehr Qualität in Netz und Bahnhöfen müssen verbessert werden. Wir begrüßen die im Gesetzentwurf vorgesehene Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung, die dazu eine bessere Ausgangsposition schafft. Bei der Vertragsgestaltung mit der Deutsche Bahn AG muss sichergestellt werden, dass ein Netzzustands- und -entwicklungsbericht streckenbezogen und transparent Auskunft gibt über den Zustand des Schienennetzes, genaue Qualitätsstandards für Netze und Bahnhöfe die Pflege und den Erhalt der Infrastruktur verbessern mit der Möglichkeit von Sanktionen bei Nichterfüllung und die parlamentarische Mitwirkung bei Aus- und Neubau (Schienenwegeausbaugesetz) und Bestandserhaltung (Netzzustandsbericht, Mitwirkung gemäß den Eisenbahngesetzen u.a.m.) erhalten und verbessert wird.

5. Um die Belange der Länder zu sichern, muss folgendes gewährleistet werden:

- Sicherstellung von Bestand und Leistungsfähigkeit des Netzes in der Fläche,

- Vermeidung einer stärkeren Belastung der Länderhaushalte,

- Sicherstellung der erforderlichen verkehrspolitischen Einflussnahmemöglichkeiten,
- Einbeziehung der Länder in die Erstellung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) und
- Stärkung der Regulierungsbehörde, um den Wettbewerb auf der Schiene zu unterstützen und insbesondere auch Renditen aus der vorwiegend öffentlich finanzierten Infrastruktur auf ein angemessenes Maß zu begrenzen.

6. Dumpingwettbewerb im Schienenverkehr muss verhindert werden. Ein starker DB-Konzern und starke Tarifpartner sind hierfür Gewähr.

Begründung: Die gute Infrastruktur in Deutschland macht unser Land wirtschaftlich stark. Dazu brauchen wir auch in Zukunft eine moderne Verkehrspolitik. Ein leistungsfähiger und umweltfreundlicher Schienenverkehr gehört dazu. Millionen von Pendlerinnen und Pendler sind ebenso auf eine zuverlässige und serviceorientierte Eisenbahn angewiesen wie die vielen Unternehmen, die das Schienennetz zum Transport ihrer Produkte nutzen. Die Eisenbahnen haben daher zu Recht ihren festen Platz im Nah-, Fern- und Güterverkehr.

Der Schienenverkehr ist der Schlüssel zu umweltverträglicher Mobilität. Im Personen-fern-verkehr gibt es keine energieschonenderen Verkehrsträger.

Auch im Güter-verkehr ist die Bahn – neben der Binnenschifffahrt – das ökologisch nachhaltigste Verkehrsmittel. Der Ausbau des Schienenverkehrs ist deshalb ein Gebot vernünftiger Verkehrspolitik.

Die Deutsche Bahn AG (DB AG) bleibt – trotz vieler erfolgreicher regionaler Eisenbahn-betreiber – das wichtigste Unternehmen im Eisenbahnbereich. Nach Jahren des Rückgangs und der Stagnation wächst die Deutsche Bahn inzwischen wieder. Dies gilt neben dem Personen-verkehr vor allem für den Güterverkehr auf der Schiene. Teilweise zweistellige Wachstumsraten belegen dies eindrucksvoll. Deutschland ist das einzige Land in der Europäischen Union, in dem der Schienenverkehr stärker wächst als der Güterverkehr auf der Straße. Dieses Wachstum wollen wir unterstützen. Um den Zuwachs zu bewältigen, sind enorme Investitionen in das Schienennetz, in die Infrastruktur und in das „rollende Material“ erforderlich. Damit stützt die Deutsche Bahn auch den wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland. Allein im Jahre 2006 investierte die DB AG über 6,5 Milliarden Euro in Infrastruktur und rollendes Material. Davon profitiert vor allem der einheimische Markt. Diese Investitionen sichern darüber hinaus die reibungslose Logistik, ohne die unsere Industrie nicht expandieren kann.

Die DB AG ist einer der größten und wichtigsten deutschen Arbeitgeber. 230.000 Frauen und Männer arbeiten im Unternehmen. Sie arbeiten in einer Branche, in der bislang meist auskömmliche Löhne bezahlt werden. Für die Beschäftigten der DB AG gilt bis 2010 ein Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung. Doch diese Arbeitsbedingungen geraten unter Druck. Denn der europäische Schienen-verkehrs-markt wird liberalisiert. Seit dem 1. Januar 2007 gibt es keine Beschränkungen mehr für den innereuropäischen Güterverkehr. Und in naher Zukunft, ab dem 1. Januar 2010, wird auch der Markt für den Personenverkehr auf Schienen allen Unternehmen aus der europäischen Union offen stehen. Schon heute verkehren mehr als 300 Wettbewerber auf dem deutschen Schienennetz, mehr als andernorts in Europa. Die Wettbewerber der DB AG sind gut aufgestellt und auf die vollständige Marktöffnung vorbereitet. Auch für die Deutsche Bahn AG ergeben sich neue Möglichkeiten. Andererseits birgt die Marktöffnung auch Risiken, insbesondere für die Beschäftigten der DB AG. Es droht ein Dumpingwettbewerb, ein Preiskampf auf den Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Vor allem mit einem konzernweiten Arbeitsmarkt für die Deutsche Bahn, der Fortführung der Beschäftigungssicherung und starken Tarifpartnern können diese Entwicklungen verhindert werden. Damit schaffen wir Sicherheit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die DB AG wächst nicht nur im Güter- und im Fernverkehr, sondern auch im Regionalverkehr. Vorbei sind damit die Zeiten, in denen die Regionalverkehre als Verlustbringer und als Ballast empfunden wurden. Die Deutsche Bahn zieht ihre Kraft mittlerweile auch aus den Regionen.

Dabei werden die vom Bund über das Regionalisierungsgesetz für den regionalen Schienenverkehr bereitgestellten Mittel von den Ländern ausgeschrieben und im Wettbewerb vergeben. Neben der DB Regio tragen auch zahlreiche private Unternehmen zu einem attraktiven regionalen Schienenverkehrsangebot bei. Der Schienenverkehr in der Fläche ist und bleibt gesichert. Dies ist für die Sozialdemokratische Partei ein wichtiges Kriterium für eine erfolgreiche Bahn. Denn ein Schienennetz, das neben dem Fernverkehr auch die Regionen erreicht, ist ein unverzichtbarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb erhalten die Länder vom Bund auch in Zukunft jährlich mehr als 6 Mrd. € zur Bestellung regionaler Schienenverkehrsleistungen.

Mehr Verkehr auf die Schiene – dieser Grundsatz ist also nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen richtig. Die SPD hat sich daher bereits bei der Bahnreform 1994 erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Deutsche Bahn modernisiert und konkurrenzfähig im Wettbewerb mit dem Straßenverkehr wird. Denn dies war in der Vergangenheit nicht immer gewährleistet. Über viele Jahre war der Verkehrsträger Schiene vernachlässigt worden. Die Verkehrspolitik kümmerte sich hauptsächlich um den Straßenverkehr. Zurückgehende Anteile des Schienen-verkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen, zunehmender Reparatur-bedarf, ein erheblicher Investitionsstau und ein gewaltiger Anstieg der Bahnschulden waren die Folge. Erst mit der Bahnreform von 1994, die maßgeblich von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit gestaltet

wurde, gelang es, den Abwärtstrend bei der Deutschen Bahn zu stoppen und die Kehrtwende einzuleiten. Gleichzeitig wurden Deutsche Bahn und Deutsche Reichsbahn erfolgreich zusammengeführt.

Mit der damaligen Bahnreform wurden die Weichen für eine Modernisierung des Schienenverkehrs gestellt. Gleichzeitig wurde im Grundgesetz neben der Verpflichtung, die Eisenbahnverkehrsunternehmen als Wirtschaftsunternehmen in privatrechtlicher Form zu führen, der so genannte Gewährleistungsauftrag des Bundes im Grundgesetz festgeschrieben. Art. 87e Abs. 4 des Grundgesetzes schreibt seitdem vor, dass „der Bund gewährleistet, dass dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen, beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes sowie bei deren Verkehrsangeboten auf diesem Schienennetz, soweit diese nicht den Schienenpersonennahverkehr betreffen, Rechnung getragen wird.“ Diese staatliche Verantwortung für die Infrastruktur erfüllt der Bund durch die Finanzierung von milliardenschweren Investitionen in das Netz.

Die beginnende Öffnung des europäischen Eisenbahnnetzes und der damit einhergehende europäische Wettbewerb waren die zentralen Gründe dafür, dass die große Koalition im Koalitionsvertrag von 2005 vereinbart hat, die Bahnreform von 1994 fortzuführen. Durch die Beteiligung privater Investoren soll die DB AG die Möglichkeit erhalten, auf dem für den Wettbewerb geöffneten deutschen und europäischen Transportmarkt gegen ausländische Wettbewerber bestehen zu können. Damit wird das Unternehmen auch in die Lage versetzt, ein attraktives regionales Schienenverkehrsangebot aufrecht zu erhalten und Beschäftigungssicherung und den konzernweiten Arbeitsmarkt fortzuführen. Weiter wird vereinbart, dass mit einer Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung für das Bestandsnetz dessen Umfang, Qualität und Betriebsbereitschaft im Gegensatz zum heutigen Zustand verbindlich gewährleistet werden soll. Der Netz-zustands-bericht, den die DB Netz AG zukünftig jährlich neu vorlegen muss, ist dafür die Basis. Schließlich enthält der Koalitionsvertrag den Auftrag, die Umsetzung des Infrastrukturauftrages des Bundes beim Neubau und der Erweiterung des Netzes verbindlicher als bisher mit der Bahn zu vereinbaren. Dazu gehören ein verlässliches und transparentes Monitoring sowie verbindliche Durchsetzungsmechanismen.

Der Deutsche Bundestag und die betroffenen Parlamentsausschüsse haben sich in der Folgezeit intensiv mit der Fortsetzung der Bahnreform befasst. Mit einem gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen hat der Deutsche Bundestag am 24. November 2006 Eckpunkte für die Neuordnung der Eisenbahnen beschlossen. In diesen Eckpunkten sind viele Anregungen aus der SPD aufgegriffen worden.

Mit der Neuordnung der Eisenbahnen wollen wir das Erreichte sichern und die Basis dafür schaffen, dass sich der Schienenverkehr weiter positiv entwickeln kann. Wir wollen erreichen, dass der Anteil des Schienenverkehrs am Verkehrsaufkommen weiter steigen kann. Dies entlastet die Umwelt und ist ein Beitrag zur Nachhaltigkeit. Alle Beschäftigten der Deutschen Bahn AG sollen von dem zunehmenden Wettbewerb im Eisenbahnbereich durch sichere Arbeitsplätze und angemessene Einkommen profitieren. Das wirtschaftliche Wachstum der Deutschen Bahn darf nicht durch Engpässe in der Infrastruktur gebremst werden. Wir brauchen leistungsfähige Hinterlandverbindungen für die Häfen und mehr Kapazitäten auf den zentralen Verkehrsachsen. Wir wollen, dass die Deutsche Bahn AG bei der vollständigen Öffnung des Europäischen Eisenbahnmarktes als starker Anbieter eine zentrale Rolle spielen kann. Und dass sie zusätzliches Kapital einsetzen kann, um mit modernen Fahrzeugen und einem leistungsfähigen Schienennetz den Erfolgskurs der vergangenen Jahre fortsetzen zu können.

Sicherheit in Freiheit

Freiheit und Sicherheit für jede Bürgerin und jeden Bürger zu gewährleisten sind zentrale Aufgaben des demokratischen Rechtsstaates. Nur Menschen, die frei und sicher leben, können friedlich zusammen leben. Kernaufgaben staatlichen Handelns sind der Schutz von Freiheit, Eigentum, Leben und körperlicher Unversehrtheit. Angriffe auf diese Rechtsgüter abzuwehren, ist eine entscheidende Voraussetzung für ein selbst bestimmtes Leben in einer freien und demokratischen Gesellschaft.

Maßnahmen von Polizei und Justiz haben sich unmittelbar gegen kriminelle, extremistische oder terroristische Bestrebungen zu richten. Den Kampf gegen Gewalt, Hass und Verbrechen werden wir aber nur dann gewinnen, wenn wir mit gleicher Konsequenz gegen deren Ursachen vorgehen.

Während die Sicherheitsbehörden für die konkrete Gefahrenabwehr mit einem effizienten rechtsstaatlichen Instrumentarium auszustatten sind, so bedarf es in gleicher Weise ziviler Mittel, um Gefahren wirksam vorzubeugen und zu vermeiden.

Wer eine dauerhafte und stabile Sicherheit erreichen will, muss eine umfassende Sicherheitsstrategie verfolgen. Politische, soziale, diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Maßnahmen sind deshalb ein integrierter Bestandteil unserer Sicherheitspolitik.

Auch den Kampf gegen den islamistischen Terrorismus werden wir nicht allein mit polizeilichen und repressiven Mitteln gewinnen. Wir lehnen eine Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen ab. Niemand darf unter einen pauschalen Verdacht gestellt werden. Migrantinnen und Migranten wollen wir in die Mitte unserer Gesellschaft holen, indem wir ihre Integrationschancen verbessern, uns weiter für ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht und ein humanes Ausländerrecht einsetzen. Wir suchen den dauerhaften Dialog mit

muslimischen Gemeinden. Mit politisch und religiös begründetem Extremismus werden wir uns auch weiterhin geistig auseinandersetzen. Der Terrorismus beginnt in den Köpfen. Diese Köpfe müssen wir gewinnen - für eine freiheitliche Form des Zusammenlebens, mit klaren Regeln und gerechten und fairen Chancen.

Die SPD ist die Partei der Bürgerrechte und der rechtsstaatlichen Terrorbekämpfung. Der Schutz von Sicherheit und Freiheit ist die Basis einer freiheitlich verfassten Gesellschaft. Würde die Drohung des Terrorismus uns dazu verleiten, der Sicherheit einseitigen Vorrang vor der Freiheit einzuräumen, hätte der Terror mit unserer eigenen Hilfe eines seiner Ziele – nämlich die Zerstörung unserer freiheitlichen Ordnung - erreicht. Wir bringen Freiheit vor dem Staat und durch den Staat in eine vernünftige Balance, indem wir unbeirrt an unseren freiheitlich-demokratischen Prinzipien festhalten. Sie bezeichnen eine klare „rote Linie“, die staatliches Handeln nicht überschreiten darf. Das ist das erste Gebot der geistigen Abwehr von Extremismus.

Die Grundrechte und die grundlegenden Prinzipien des Rechtsstaates bilden die Grundlage unseres Gemeinwesens. Sie bilden keine Verfügungsmasse, über die nach Belieben verfügt werden kann. Nicht derjenige muss sich rechtfertigen, der Bürger- und Freiheitsrechte verteidigt, sondern derjenige, der sie einschränken will! Maßnahmen und Instrumente, die die innere Sicherheit erhöhen sollen, müssen zu allererst praktisch geeignet und tauglich für den Schutz der genannten Rechtsgüter sein. Allerdings darf nicht jede Forderung nach neuen Befugnissen der Sicherheitsbehörden und nach entsprechend schärferen Gesetzen allein am Maßstab eines behaupteten Sicherheitsgewinns gemessen werden. Neue Maßnahmen müssen mit den Grundwerten und Prinzipien unserer Verfassung vereinbar sein. Das Rechtsgut der Freiheit darf niemals durch die am Effektivsten erscheinenden Schutzmaßnahmen unverhältnismäßig eingeschränkt werden.

Wir treten allen Forderungen entschieden entgegen, die mit unseren Grundwerten unvereinbar sind: Die Aufgabe der Unschuldsumutung im Strafrecht, die gezielte Tötung von Verdächtigen, die Internierung von "Gefährdern", die Anwendung von Folter, die Einführung eines Strafrechts, das die bloße Gesinnung bestraft, Gedankenspiele über den Eintritt des inneren Notstands sowie der angekündigte Befehl zum Abschuss eines Passagierflugzeugs richten sich gegen unsere Verfassung, durchbrechen unsere Rechtsordnung und gefährden den Bestand unserer freiheitlichen Gesellschaft.

Wir wenden uns ebenso gegen die überzogenen Forderungen nach weiteren Befugnissen in der präventiven Bekämpfung des Terrorismus, die in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung der Bürgerinnen und Bürger eingreifen und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung beschneiden.

Sicherheitspolitik mit Augenmaß

Die SPD-geführte Bundesregierung hat nach den Anschlägen des 11. September 2001 die deutsche Sicherheitsarchitektur erfolgreich an die neue Bedrohungslage angepasst. Wir haben rasch und konsequent gehandelt. Die Befugnisse der Sicherheitsbehörden wurden adäquat erweitert, die Straf- und Verwaltungsvorschriften überarbeitet und effektiver gemacht.

Mit der Einrichtung des „Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums“ in Berlin sind die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern seit Ende 2004 noch besser aufgestellt. Fahndungserfolge, die Verhinderung von Anschlägen und die Verurteilungen von Tätern zeigen, dass Deutschland in Sachen Sicherheit gut und praxisgerecht organisiert ist. Wir bekämpfen den Terrorismus mit den Mitteln des Rechtsstaats, effektiv und mit Erfolg.

Wir sind auch in Zukunft wachsam und werden auf Änderungen der Gefahrenlage angemessen, wenn nötig auch mit neuen Maßnahmen reagieren.

Daher wollen wir dem Bundeskriminalamt die erforderlichen Präventivbefugnisse im Kampf gegen den internationalen Terrorismus übertragen. Die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen hierfür haben wir mit der ersten Stufe der Föderalismusreform längst geschaffen. Die Union dagegen handelt verantwortungslos, wenn sie wegen der Kontroverse über die Online-Durchsuchung die Schaffung neuer Kompetenzen für das Bundeskriminalamt insgesamt verzögert und dadurch ein Sicherheitsrisiko schafft. CDU/CSU müssen hier ihre Blockadehaltung aufgeben.

Biometrische Daten, die im Zusammenhang mit dem neuen Reisepass erhoben werden (Bild und Fingerabdrücke) dienen allein der gesicherten Identifikation des Passinhabers. Eine dauerhafte Speicherung der Fingerabdrücke lehnen wir ab. Dies gilt auch für die Ausgabe neuer Personalausweise.

Wenn die Verfolgung schwerer Straftaten und der Abwehr erheblicher Gefahren es erforderlich machen, sollen künftig LKW-Mautdaten auch über ihren eigentlichen Zweck hinaus verwendet werden können.

Es ist unumstritten, dass die Befugnisse des Bundeskriminalamtes auch in technischer Hinsicht auf der Höhe der Zeit sein müssen. Dies ändert nichts daran, dass Online-Durchsuchungen die Bürgerrechte in besonderem Maße betreffen. Allerdings sind mit diesem Instrument viele neuartige juristische und technische Fragestellungen verbunden, die zunächst geklärt werden müssen. Daher wollen wir zunächst die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Regelung der Online-Durchsuchung im Verfassungsschutzgesetz von Nordrhein-Westfalen abwarten, um nicht ohne Not das Risiko einer verfassungswidrigen Regelung einzugehen.

Wir sind bereit, im Strafrecht bestehende Rechtslücken zu schließen. So wollen wir, dass beispielsweise auch diejenigen bestraft werden können, die sich in Terrorcamps darin ausbilden lassen, Anschlägen zu verüben oder die mit Hilfe des Internets Anleitungen zur Begehung von Gewalttaten verbreiten. Die SPD hat hierfür Vorschläge mit Augenmaß gemacht.

Wir widersetzen uns allen Bestrebungen, den offenen Charakter unserer demokratischen Gesellschaft der Illusion einer Sicherheitsgesellschaft zu opfern. Deutschland ist in Fragen der Sicherheit gut aufgestellt. Es ist einhellige Überzeugung der deutschen Sicherheitsbehörden, dass die Gefährdungslage in Deutschland keinen Anlass gibt, wiederholt die Bevölkerung mit Terrorwarnungen zu verängstigen. Terroristen spekulieren darauf, dass freie, friedliebende Gesellschaften verunsichert werden, in Panik geraten und es dann zulassen, dass ihre eigenen freiheitlichen Grundlagen zerstört werden.

Verantwortliche Politik macht sich nicht zum unfreiwilligen zum Handlanger, indem sie zur eigenen Profilierung ohne Not Ängste weckt.

Verantwortliche Politik wahrt im Gegenteil Ruhe und Besonnenheit, sie wägt ab und ergreift mit Augenmaß die nötigen Vorbeuge- und Abwehrmaßnahmen.

Bekämpfung des Terrorismus und seiner Ursachen - gegen eine Militarisierung der Innenpolitik

Wir lehnen die Einführung eines neuen und unscharfen Verteidigungsbegriffs entschieden ab. Wir führen keinen Krieg gegen den Terror, sondern wir bekämpfen politisch motivierte Schwerstkriminalität. Es ist die Aufgabe der Polizei, der Justiz und der Nachrichtendienste, den Terrorismus im Rahmen des Rechtsstaates zu bekämpfen. Hierzu ist die Bundeswehr ungeeignet. Die SPD wird es nicht zulassen, dass das Militär mit polizeilichen Aufgaben im Inneren betraut wird.

Im Bereich der See- und Luftsicherheit wollen wir die Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe für den Katastrophenschutz und zur Unterstützung der Polizei einsetzen. Hierzu haben wir Vorschläge gemacht, die von der Union bislang mit dem Ziel der Ausweitung des Verteidigungsbegriffes blockiert werden.

Wir sind bereit, an der Wiederherstellung von Staatlichkeit und zivilgesellschaftlichen Strukturen in den Regionen der Welt mitzuwirken, wo Anarchie, Gewalt und Elend dem Terrorismus Nährboden bieten. Dabei leistet Entwicklungszusammenarbeit einen wichtigen Beitrag. Deshalb wollen wir die Mittel für die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung bis 2015 schrittweise auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöhen. Die Bekämpfung von Korruption, die Förderung guter Regierungsarbeit und die systematische Entschuldung von Entwicklungsländern, der Kampf gegen Aids, Seuchen und Epidemien bleiben wichtige Ziele bei der Überwindung von Armut. Entwicklungszusammenarbeit ist ein geeignetes Instrument, mit dem wir strukturelle Veränderungen unterstützen können und gleichzeitig damit helfen, strukturelle Ursachen des Terrorismus zu bekämpfen.

Afghanistan: Eigenverantwortung stärken – internationale Verpflichtungen einhalten – Strategie anpassen

Die SPD bekennt sich zur internationalen Solidarität und zur gewachsenen Verantwortung Deutschlands für internationalen Frieden und Sicherheit. In diesem Zusammenhang steht auch das deutsche Engagement für Afghanistan, das eingebettet ist in die Bemühungen der Vereinten Nationen, der internationalen Gemeinschaft und der afghanischen Regierung.

Die SPD ist die Partei in Deutschland, die eine ausgewogene und ehrliche Afghanistan-Debatte führt und dabei Erfolge bilanziert und Defizite offen benennt. Wir nehmen die kritischen Fragen auf, die sich an das Afghanistan-Engagement richten. Der SPD-Bundesparteitag begrüßt nachdrücklich, dass die SPD-Bundestagsfraktion eine eigene Arbeitsgruppe („task force“) eingerichtet hat, die das deutsche und internationale Afghanistan-Engagement sorgfältig evaluiert hat. Die SPD appelliert an die Bundesregierung, gemeinsam mit der afghanischen Regierung und unseren internationalen Partnern über eine Fortsetzung des eingeleiteten Strategiewechsels zu beraten.

Das Engagement der internationalen Gemeinschaft erfolgt vor folgendem Hintergrund:

Während der Taliban-Herrschaft war Afghanistan Rückzugsraum und Basis für international agierende Terrornetzwerke, die weltweit für zahlreiche feige Anschläge verantwortlich sind. Die Verhinderung eines sicheren Hafens für international operierende Terroristen entspricht einem unmittelbaren deutschen, europäischen und globalen Sicherheitsinteresse.

Nach jahrzehntelangem Krieg- und Bürgerkrieg zählt Afghanistan zu den ärmsten Staaten weltweit. Die Menschen vor Ort – insbesondere Frauen und Kinder – mussten unter einem barbarischen Taliban-Regime leiden, das für ungeheuerliche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich war.

Willkürliche Tötungen und Verhaftungen, öffentliche Hinrichtungen, bei denen Kinder zur Teilnahme gezwungen wurden, Steinigungen, der Ausschluss von Frauen aus dem öffentlichen Leben und andere unmenschliche Praktiken waren im Taliban-Afghanistan an der Tagesordnung.

Afghanistan befindet sich in einer für die Gesamtregion sicherheitspolitisch sensiblen geographischen Lage. Das Land grenzt an Zentralasien, China, den Iran und Pakistan. Auch Indien spielt eine wichtige sicherheitspolitische Rolle. Beim Wiederaufbau Afghanistans geht es demnach auch um die Stabilisierung in einer Region, die für die globale Sicherheitsarchitektur von hoher Relevanz ist.

Aus diesen Gründen hat sich die internationale Gemeinschaft nach dem 11. September 2001, an dem ein beispielloser und menschenverachtender Terrorangriff auf die USA erfolgte, entschlossen zu handeln.

Zusammen mit der internationalen Gemeinschaft hat Deutschland Verantwortung für Afghanistan übernommen. Auf den internationalen Afghanistan-Konferenzen auf dem Petersberg bei Bonn und in Berlin in 2001, 2002 und 2004 wurden die maßgeblichen Beschlüsse für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Afghanistans gefasst. Im Januar 2006 hat sich die afghanische Regierung zusammen mit 60 Staaten auf ein gemeinsames Aufbaukonzept (Afghanistan-Compact) verständigt, das bis 2011 umgesetzt werden soll. Die SPD bekennt sich zu den eingegangenen Verpflichtungen aus dem Afghanistan-Compact, der demokratische Regierungsführung und den Schutz der Menschenrechte als Eckpfeiler einer nachhaltigen Entwicklung in Afghanistan benennt.

Unser Engagement ist ein zivil-militärisches, mit dem Ziel, die Eigenverantwortung Afghanistans zu stärken. Dabei sind wir von dem Bewusstsein geleitet, dass Wiederaufbau und Entwicklung ohne Sicherheit nicht möglich sind, es aber gleichzeitig ohne Wiederaufbau keine dauerhafte Sicherheit geben wird. Hauptaufgabe der internationalen militärischen Präsenz ist es daher, die afghanischen Institutionen zu unterstützen, um Rahmenbedingungen für den Wiederaufbau zu schaffen und die afghanische Armee, Polizei und Justiz in die Lage zu versetzen, Sicherheit und Ordnung im Lande zu gewährleisten. In diesem Sinne arbeiten die Bundeswehr und die zivilen Aufbauhelfer.

Die SPD begrüßt es, dass nicht zuletzt auf Druck von Außenminister Frank-Walter Steinmeier die NATO auf ihrem Gipfel in Riga im November 2006 einen Strategiewechsel beschlossen hat, der auf eine Verstärkung des zivilen Wiederaufbaus setzt. Dieser Strategiewechsel muss entschlossen umgesetzt und für die afghanische Bevölkerung sichtbar gemacht werden. Entscheidend ist es, dass im Zusammenspiel auch mit der lokalen Bevölkerung ein partnerschaftliches Verhältnis entwickelt wird und Projekte gemeinsam beraten werden. In dem von der afghanischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft vereinbarten Afghanistan-Compact von 2006 heißt es hierzu: „Sicherheit lässt sich nicht allein mit militärischen Mitteln herstellen. Sie erfordert gute Regierungsführung, Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit, gestärkt durch Wiederaufbau und Entwicklung.“

Seit 2002 wurden von Deutschland insgesamt 550 Millionen Euro für den zivilen Aufbau zur Verfügung gestellt. Bis 2010 sind weitere 400 Millionen Euro zugesagt. Deutschland ist damit nach den USA, der EU, Großbritannien und Japan der fünfgrößte Geber in Afghanistan. Die SPD begrüßt es, dass die Mittel für den zivilen Wiederaufbau und den Stabilitätspakt Afghanistan in 2007 von der Bundesregierung von 80 auf 100 Millionen angehoben wurden. Für 2008 ist eine weitere Erhöhung der Mittel auf 125 Millionen geplant. Wo immer es nötig ist, müssen die Mittel für den zivilen Aufbau weiter erhöht werden und die internationalen Partner müssen ihre Maßnahmen noch enger abstimmen, auch im Hinblick auf kulturelle Sensibilitäten im Lande.

Der Aufbau einer effektiven afghanischen Polizei ist von entscheidender Bedeutung. Mit deutscher Hilfe haben bereits ca. 19.000 Polizisten eine Aus- und Fortbildung absolvieren können. Entgegen ursprünglicher Annahme erweist sich der Polizeiaufbau nach jahrzehntelangen Krieg im Land nicht als Wiederaufbau, sondern als Neuaufbau. Beim Polizeiaufbau hat die internationale Gemeinschaft bislang ihr Ziel deutlich nicht erreicht und auch Deutschlands Engagement ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Aus diesem Grund müssen für die jetzt tätige EU-Polizeimission noch mehr Mittel und Personal als bisher bereitgestellt werden.

Grundlage für unser militärisches Engagement und die Schaffung der International Security Assistance Force (ISAF) war die Bonner Vereinbarung über den Wiederaufbau Afghanistans vom Dezember 2001. Der UN-Sicherheitsrat beschloss auf Bitten der afghanischen Regierung deren Aufstellung. ISAF unterstützt im Auftrag der Vereinten Nationen die afghanische Regierung bei der Herstellung und Wahrung der inneren Sicherheit des Landes und hilft bei der Auslieferung humanitärer Hilfsgüter und der geregelten Rückkehr von Flüchtlingen. Die Grundlage für die Operation Enduring Freedom (OEF) sind die Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des UN-Sicherheitsrates, mit denen die Anschläge vom 11. September verurteilt und die Staatengemeinschaft zum Kampf gegen den Terrorismus aufgerufen wurden, der Artikel 51 der UN-Charta, der das Recht auf Selbstverteidigung postuliert und Artikel 5 des NATO-Vertrages zu gegenseitigem Beistand. OEF dient auch der Terrorbekämpfung im Land. Die Rolle von OEF ist vom UN-Sicherheitsrat mehrfach ausdrücklich anerkannt worden, zuletzt in der Sicherheitsratsresolution 1707 vom 12. September 2006 in der es heißt, dass OEF zur „Sicherheit in Afghanistan beitrage und die Kapazität der afghanischen Sicherheitskräfte stärke“. Insgesamt beteiligen sich zur Zeit 14 Nationen mit Beiträgen zur OEF. Das internationale Engagement erfolgt mit Zustimmung und auf ausdrücklichen Wunsch der demokratisch gewählten afghanischen Regierung, die im Afghanistan-Compact von 2006 bekräftigt: „Hierzu werden die von der NATO geführte Internationale Schutztruppe ISAF, die unter der Leitung der USA stehende Operation Enduring Freedom (OEF) und die an der Reform des Sicherheitssektors beteiligten Partnerstaaten der afghanischen Regierung weiterhin nachdrückliche

Unterstützung bei der Schaffung und Erhaltung von Sicherheit und Stabilität in Afghanistan leisten.“ In einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 2007 stellt das Gericht zu ISAF und OEF fest: „Hinzu kommt, dass nicht nur der ISAF-Einsatz selbst, sondern auch die Kooperation mit der Operation Enduring Freedom in Resolutionen des Sicherheitsrats nach Kapitel VII der Satzung der Vereinten Nationen ihre Grundlage findet.“ Unser zivil-militärisches Engagement in Afghanistan wird weiterhin eingebettet sein in das internationale Netzwerk der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der NATO und unserer internationalen Partner.

Während in den letzten Jahren die Gesamt-Einsatzstärke aller Nationen von ISAF von 10.000 auf 40.000 Soldaten angehoben worden ist, haben sich die Gesamt-Einsatzzahlen der OEF von 20.000 auf 8.000 verringert. Von diesen 8.000 OEF-Kräften sind ca. 6.000 Soldaten im Bereich Ausbildung der afghanischen Armee tätig. Diese Gewichtsverlagerung von OEF zu ISAF zeigt, dass der maßgeblich von der Bundesregierung eingeleitete Strategiewechsel der NATO hin zu verstärkter zivil-militärischer Zusammenarbeit greift.

Trotz einer weiterhin prekären Sicherheitslage und Defiziten beim Aufbau Afghanistans haben die afghanischen Behörden zusammen mit der internationalen Gemeinschaft in vielen Lebensbereichen für die Bevölkerung spürbare Verbesserungen erreichen können. Schon im Jahresbericht 2003 von amnesty international heißt es hierzu: „Nach der Einsetzung einer neuen Regierung Ende 2001 zeichnete sich eine deutliche Verbesserung der Menschenrechtssituation ab. ... Mit der Einsetzung einer Übergangsregierung im Dezember 2001 wurden Dekrete der Taliban, die Frauen in ihrer Bewegungsfreiheit auf den häuslichen Bereich beschränkt hatten, aufgehoben.“

Vor allem der politische Aufbau durch demokratische Präsidentschafts- und Parlamentswahlen und eine neue Verfassung hat dazu geführt, dass die Staatsorgane zunehmend ihre Funktionsfähigkeit ausbauen können. Dabei spielt das frei gewählte und selbstbewusste Parlament eine entscheidende Rolle, um Konflikte politisch auszutragen. Seit 2001 sind in Afghanistan 3.500 Schulen gebaut worden und die Zahl der Schülerinnen und Schüler hat sich auf über 6 Millionen mehr als verfünffacht. Hiervon profitieren vor allem Mädchen, denen Bildung unter den Taliban verwehrt wurde. Auch die Alphabetisierungsrate, eine notwendige Bedingung für einen nachhaltigen Aufbau des Landes, steigt kontinuierlich. Mittlerweile haben drei Viertel der afghanischen Bevölkerung Zugang zu medizinischer Grundversorgung. Auch bei der Minenräumung konnten bislang Erfolge erzielt werden.

Ohne die effektive Einbindung der afghanischen Nachbarn in den Friedensprozess und einer regionalen Kooperation werden die Bemühungen nicht Erfolg bringend sein. Vor allem Pakistan und dem Iran kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Die SPD begrüßt die Initiativen, die der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier im Rahmen der deutschen G8-Präsidentschaft unternommen hat, um beide Ländern in den Friedensprozess einzubeziehen. Diese Bemühungen – auch unter Einschluss von Regionalorganisationen – müssen auch nach der deutschen Präsidentschaft von der Bundesregierung fortgesetzt werden.

Bei all diesen Maßnahmen ist Deutschland von Beginn an ein verlässlicher Partner Afghanistans gewesen. Deutschland kann stolz auf sein Engagement für Afghanistan sein, das bei der afghanischen Bevölkerung und unseren internationalen Partnern großen Respekt genießt.

Die SPD dankt all jenen, die unter großem persönlichen Einsatz ihren Friedensdienst in Afghanistan leisten. Dieser Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Nichtregierungsorganisationen und anderen zivilen Helfern, den Polizistinnen und Polizisten und den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sowie den in Afghanistan tätigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Bundesregierung. Gemeinsam mit den Angehörigen und Freunden beklagen wir diejenigen, die bei diesem Einsatz ihr Leben verloren haben. Wir sprechen den Familien und Freunden unsere tief empfundenes Beileid und unsere Solidarität aus. Dies gilt auch für diejenigen, die verletzt oder verwundet worden sind.

Trotz der erreichten Fortschritte gibt es eine Reihe von Defiziten, denen mit großem Nachdruck begegnet werden muss, wenn man den Gesamterfolg in Afghanistan nicht gefährden will. Es ist darauf zu achten, dass die Terrorbekämpfung nicht dazu führt, dass das Ziel der internationalen Gemeinschaft, der afghanischen Bevölkerung zu helfen, verloren geht. Es gilt kontinuierlich zu prüfen, ob die angewandten Strategien für die Ziele zum Aufbau Afghanistans angemessen sind und sie bei Bedarf zu ändern. Die SPD wird sich weiterhin für eine Strategiedebatte in Deutschland einsetzen und auch dafür, dass diese mit der afghanischen Regierung und Gesellschaft und mit unseren internationalen Partnern geführt wird.

Die Sicherheitslage in Afghanistan ist noch immer prekär. Die Gefahrenlage vor allem für die afghanische Bevölkerung hat sich seit 2005 verschlechtert. Aus diesem Grund müssen die Anstrengungen zum Aufbau einer funktionstüchtigen afghanischen Armee und Polizei noch erheblich verstärkt werden, auch und gerade, um mittelfristig die afghanische Eigenverantwortung zu ermöglichen. Im Bereich Drogenwirtschaft konnten nicht die gewünschten Erfolge erzielt werden – die Drogenökonomie gefährdet in erheblichem Maße den Aufbau Afghanistans. Die SPD ist der festen Überzeugung, dass ein einfaches Vernichten von Drogenanbauflächen keinen nachhaltigen Erfolg haben kann. Vielmehr ist es zielführend, den Bauern bei der Schaffung alternativer Einkommensmöglichkeiten zu helfen. Auch im Bereich Rechtsstaatlichkeit bleibt viel zu tun: Korruption, defizitäre Ausbildung und Ausstattung unterminieren die Legitimität formeller juristischer Institutionen. Trotz erheblicher internationaler Anstrengungen ist die soziale Situation vieler Afghaninnen und Afghanen nach wie vor schlecht.

Wir werden uns weiterhin entschlossen dafür einsetzen, dass bei militärischen Maßnahmen zivile Opfer vermieden werden. Im Wissen, dass die aufständischen Kräfte in Afghanistan ganz bewusst Zivilisten als „menschliche Schutzschilder“ benutzen und dies propagandistisch ausnutzen, haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass bei allen Militäraktionen von ISAF und OEF eine klare Befehlslage zur Vermeidung ziviler Opfer erteilt worden ist. Diese Befehlslage muss unmissverständlich umgesetzt und ihre Einhaltung überprüft werden. Hierauf werden wir unverändert weiter drängen.

Die von der SPD-Bundestagsfraktion eingesetzte „task force“ Afghanistan stellt in einer Gesamtbeurteilung fest: „Wir unterstreichen unser Interesse an einer Stabilisierung der Situation in Afghanistan sowie an einem friedlichen Wiederaufbau. Wir bekennen uns zu einem langfristigen Engagement in Afghanistan, das dazu führt, dass Afghanistan nicht wieder zum sicheren Hafen für Terroristen wird. Auch wollen wir durch unser Engagement erreichen, dass sich dem Land nach mehr als 20 Jahren Krieg und Bürgerkrieg eine eigene, friedliche Perspektive bietet. ... Die internationale Gemeinschaft hat die Schwierigkeiten eines derart umfassenden Staatsbildungs-Prozesses unterschätzt, der angesichts des sensiblen sozialen, kulturellen und regionalen Umfelds eine enorme Herausforderung darstellt. Die Folgen von mehr als zwei Dekaden Bürgerkrieg und Taliban-Herrschaft können nicht in wenigen Jahren bewältigt werden, sie erfordern ein auf Stabilität und Nachhaltigkeit angelegtes langfristiges Engagement.“

Der SPD-Parteitag dankt dem SPD-Bundesvorstand, den zuständigen Ministern Heidi Wiecek-Zeul und Frank-Walter Steinmeier und der SPD-Bundestagsfraktion für ihren Einsatz für Afghanistan und fordert die Bundesregierung auf eine internationale Afghanistan-Konferenz zu organisieren, die zur Halbzeit des Afghanistan-Compact das deutsche und internationale Engagement evaluiert und im Lichte der Erfolge und Defizite Vorschläge zur Anpassung der internationalen Unterstützung erarbeitet.

- mehr Mittel für den zivilen Aufbau zur Verfügung zu stellen und auf eine bessere internationale Koordinierung beim zivilen Aufbau hinzuwirken.
- den innenpolitischen Versöhnungsprozess in Afghanistan unter Einbeziehung aller Kräfte zu unterstützen, die bereit sind, die afghanische Verfassung zu respektieren und den bewaffneten Kampf einzustellen.
- sich für die Bekämpfung der afghanischen Drogenökonomie und die verstärkte Schaffung nachhaltiger Einkommensalternativen für Bauern einzusetzen.
- die Ausbildung der afghanischen Armee zu verstärken. Ziel unserer Bemühungen muss es sein, afghanische Sicherheitskräfte in die Lage zu versetzen, die Sicherheit der Menschen im Land zu gewährleisten.
- den Polizeiaufbau in Afghanistan effektiver voranzutreiben und gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft die notwendigen Mittel hierfür bereitzustellen. Die SPD appelliert an den Bundesinnenminister und die Landesinnenminister umgehend zu prüfen, ob Deutschland mehr Polizeiausbilder zur Verfügung stellen kann. Ebenso befürworten wir den Aufbau einer weiteren Polizeiakademie.
- stärker als bisher den Aufbau des afghanischen Rechtssystems zu forcieren und auf eine angemessene Ausbildung und Bezahlung von Richtern und Staatsanwälten hinzuwirken.
- sich weiterhin mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass bei allen Militäroperationen die Befehlslage, zivile Opfer zu vermeiden konsequent umgesetzt wird. Die Verhältnismäßigkeit der Mittel muss bei allen Militäraktionen verbindliche Richtschnur sein.
- den beim NATO-Gipfel in Riga eingeleiteten Strategiewechsel fortzusetzen und in diesem Rahmen die zivil-militärische Zusammenarbeit zu verstärken. Ziel sollte eine weitere Absenkung der OEF-Kontingente bei weiterer Stärkung von ISAF sein. Die Bundesregierung wird gebeten, Initiativen zu prüfen, ob die 6.000 OEF-Ausbilder für die afghanische Armee unter das ISAF-Mandat gestellt werden können.
- gemeinsam mit unseren internationalen Partnern zu prüfen, ob die Mandatierung des OEF-Einsatzes, der auch weiterhin die Zustimmung der afghanischen Regierung haben muss, durch einen eigenen Beschluss des UN-Sicherheitsrates erfolgen kann.

Der SPD-Bundesparteitag fordert

- den Deutschen Bundestag und das Europaparlament auf, Partnerschaften mit dem afghanischen Parlament einzugehen und dabei auch die Ausbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Parlamentsbetriebs im Auge zu haben.

- deutschen Städte und Gemeinden auf, kommunale und regionale Partnerschaften mit afghanischen Regionen einzugehen.

BILDUNG

3,5 Millionen Euro für "Haus der kleinen Forscher"

Initiative will Kindergartenkinder für Naturwissenschaften und Technik begeistern / Nach einem Jahr machen bereits 1.500 Kitas mit "Wir können nicht früh genug damit beginnen, bei Kindern Interessen zu wecken und Begabungen zu fördern. Die Initiative 'Haus der kleinen Forscher' leistet dazu einen wertvollen Beitrag. Hier wird der Forschergeist von Kindern entfacht", sagte Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung, am Montag in Berlin. Die Ministerin ist Schirmherrin der Initiative, die vor einem Jahr gegründet wurde, und an der sich heute bereits 1.500 Kindertagesstätten in ganz Deutschland beteiligen. Ziel ist es, Kinder mit einfachen Experimenten an Naturwissenschaften und Technik heranzuführen und sie dafür zu begeistern. Schavan kündigte eine Förderung der Initiative durch das BMBF an: "Damit das 'Haus der kleinen Forscher' weiter wachsen kann, werden wir der Initiative in den nächsten drei Jahren rund 3,5 Millionen Euro zur Verfügung stellen."

"Die Kooperation der beteiligten Partner Helmholtz-Gemeinschaft, McKinsey, Siemens und Dietmar Hopp Stiftung ist eine gelungene Verbindung von öffentlichem und privatem Engagement", sagte Schavan.

"Das 'Haus der kleinen Forscher' ist ein gutes Beispiel dafür, wie Forschungsorganisationen und Wirtschaft sich gemeinsam für junge Talente engagieren können. Hier ist man auf dem richtigen Weg.

Forschungseinrichtungen müssen es zu ihren grundsätzlichen Aufgaben zählen, wissenschaftlichen Nachwuchs zu gewinnen und zu fördern. Dass man hier frühzeitig beginnen kann, zeigt uns der Erfolg des 'Hauses der kleinen Forscher'."

Die Initiative ist heute - organisiert in lokalen Netzwerken - in zwölf Bundesländern aktiv. Das Angebot reicht von Fortbildungsveranstaltungen für Erzieherinnen und Erzieher über Arbeitsmaterialien, ein umfangreiches Webangebot bis zum Besuch von Patinnen und Paten aus Naturwissenschaft und Technik in den Kindertageseinrichtungen.

Weitere Informationen zur Initiative unter/* <http://www.haus-der-kleinen-forscher.de>
[<http://www.haus-der-kleinen-forscher.de/de/home/index.html>]